



DEUTSCHER
IMKERBUND E.V.



An die Mitglieder des Deutschen Bundestages

Umweltbewusste Honigkunden von 100.000 Imkern in Deutschland wollen keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in ihrem Honig. Dies hat zur Folge, dass die Lebensmittelbranche diesbezügliche Analysen verlangt, obwohl die EU-Honigrichtlinie geändert wurde. Durch die Änderung wurde versucht jeglichen Schutzanspruch vor GMO-Eintrag im Honig abzuwehren. Daher verlangen wir Imkerverbände rechtssichere nationale Gentechnik-Anbauverbote statt eines windigen Kuhhandels zwischen Regierungen und Konzernen.

Der Bundesrat forderte vor drei Wochen von der Bundesregierung einstimmig und quer durch alle Parteien, sich auf europäischer Ebene für weitgehende und rechtssichere Möglichkeiten einzusetzen, um den Anbau von GMO, der von der EU zugelassen wird, dennoch national zu verbieten.

Wir möchten Sie als Mitglied des Deutschen Bundestages auffordern, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen gemeinsam mit Frankreich und anderen Staaten im EU-Ministerrat gegen einen von der griechischen Ratspräsidentschaft vorgelegten Gesetzentwurf zu stimmen, der nach Jahren des Stillstandes nun im Eiltempo verabschiedet werden soll.

Der von der griechischen Ratspräsidentschaft vorgelegte Gesetzentwurf wird Gentechnik-Konzernen den Anbau ihrer Produkte in der EU letztendlich erleichtern. Besonders fatal ist, dass die Staaten in einem ersten Schritt über die EU mit den Konzernen verhandeln müssen, ob diese freiwillig darauf verzichten, in einem Mitgliedsland ihr Saatgut zu vertreiben. Warum sollte ein Gentechnikunternehmen freiwillig auf die Einführung seines Saatguts in einem bestimmten Land verzichten? Bereits jetzt ist klar, dass so die Zulassungsverfahren für Gentechnikpflanzen beschleunigt werden. Die mittelfristige Folge wird ein Dambruch bei den Zulassungen sein.

Rechtssicherheit könnte dagegen der Vorschlag des Europäischen Parlaments bringen. Dieses schlug bereits im Jahr 2011 vor nationale Verbotsmöglichkeiten nicht als Bestandteil des gemeinsamen Binnenmarktes der EU, sondern als Teil ihrer Umweltschutzgesetzgebung (Art. 192 Lissabon Vertrag) zu begründen. Diese gibt zwar der EU weite Mindeststandards vor, erlaubt aber Mitgliedsstaaten, über dieses Schutz-Niveau hinauszugehen und nach dem Vorsorgeprinzip auf Ungewissheiten zu reagieren.

Die Bundesregierung soll sich in der Frage des Gentechnik-Anbaus nicht weiter öffentlich wegdrücken, wie im Falle der Abstimmung über die Zulassung von Mais 1507. Außerdem appellieren wir, dass sie auf EU-Ebene nicht mit einer Handvoll gentechnikfreundlicher Regierungen hinter verschlossenen Türen Fakten schafft, die dem Willen ihrer Wähler und Bekundungen vieler ihrer eigenen Abgeordneten zuwider laufen.

Wir Imkerverbände fordern ein Maximum an Rechtssicherheit für nationale Anbauverbote in Anlehnung an den Beschluss des Europäischen Parlaments durchzusetzen, anstatt die Mitgliedsstaaten faktisch zu einem undurchsichtigem Tauschgeschäft mit den Gentechnik-Konzernen zu zwingen. Wir bitten Sie sich dem Vorschlag von Elvira Drobinski-Weiß, Harald Ebner, Josef Göppel, Hans-Georg von der Marwitz, Dr. Matthias Miersch und Dr. Kirsten Tackmann anzuschließen.

Ansprechpartner:

Thomas Radetzki,
Vertreter des **Bündnis zum Schutz der Bienen**, www.bienen-gentechnik.de
Vorstand **Mellifera e.V.**,
Fischermühle 7, 72348 Rosenfeld, www.mellifera.de
0171-3366569

Peter Maske, Präsident
Deutscher Imkerbund
Villiper Hauptstr., 53343 Wachtberg/Villip, www.deutscherimkerbund.de
0171-8771935

Manfred Hederer, Präsident
Deutscher Berufs- und Erwerbssimkerbund
Hofstattstr. 22a, 86919 Utting, www.berufsimker.de
0151-23038271

Walter Haefeker, Präsident
European Professional Beekeepers Association
Tutzinger Str. 10, 82402 Seeshaupt, www.professional-beekeepers.eu
0151-58565444